

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Christina Heide
Ausschussmitglied Gesche Marxfeld

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ausschussmitglied Martin Ehlers

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Vertreterin Petra Stomberg
Ausschussvorsitzende Helga Weinstock

Mitglied Gruppe FDP/FW

Stellv. Ausschussvorsitzender Michael von Teichman

Arbeitnehmervertretung

Stimmberechtigter Sachverständiger Patrick Walter

Schülervertretung

Schülervertreter René Gommers

Stadtelternrat

Stimmberechtigter Sachverständiger Martin Burkhart
Stimmberechtigter Sachverständiger Detlev Jonas

Gäste aus den Schulen

Frau A. Becker (GS Hafenschule), Frau N. Becker (GS Rüstersiel), Frau Hackmann (GS Voslapp), Frau Kohnke-Oehlmann (GS Stadtmitte), Frau Oltmanns (GS Rheinstraße), Frau Schürmann (GS Sengwarden), Frau Tietjen (NGW), Herr Bergner (GS Wiesenhof), Herr Huiskens (BBS), Herren Markmann und Schmacker (beide neue OBS), Herr Pommer (OBS Stadtmitte)

Regionales Landesamt für Schule und Bildung

Herr Fikus (Leiter des RZI)

Astronomischer Verein

Herr Schwarz

Verwaltung

Erster Stadtrat Herr Schönfelder, Referatsleiterin Frau Winkel-Fiedelak, Herr Hofmann

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Tagesordnung
- 3 Projekt zur Errichtung und zum Betrieb einer Volkssternwarte in Wilhelmshaven
- 4 Antrag des Stadtelternrates zur Kürzung der Schulbudgets der Wilhelmshavener Schulen und dessen Auswirkungen **563/2021**
- 5 Antrag des Stadtelternrates auf Schülerbeförderung durch Weser-Ems-Bus – Anpassung der Abfahrtszeiten an die Unterrichtszeiten der Schulen bzw. Einsatz von zusätzlichen Bussen **564/2021**
- 6 Mitteilungen und Anfragen
- 6.1 Informationen zur Inklusion
- 6.2 Informationen zu DigitalPakt
- 6.3 Produktberichte der Abteilung Schulen zum 30.04.21
- 6.4 Anfrage zum regionalen Inklusionskonzept
- 6.5 Anfrage zur IGS
- 6.6 Anfrage zur Marion-Dönhoff-Schule

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende **Frau Weinstock** eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Genehmigung der Tagesordnung

Unter Verschiebung des TO „Projekt zur Errichtung und zum Betrieb einer Volkssternwarte in Wilhelmshaven“ auf 3 wird die Tagesordnung genehmigt.

- 3 Projekt zur Errichtung und zum Betrieb einer Volkssternwarte in Wilhelmshaven

Herr Schwarz verweist zunächst darauf, dass Wilhelmshaven in vielerlei Hinsicht ein Wissenschaftsstandort ist, zu dem auch die Schulen zählen. Astronomische Arbeitskreise gibt es bereits an einigen Schulen, mit denen der Astronomische Verein kooperiere. Ziel des astronomischen Vereins ist u. a. die Einrichtung einer Volkssternwarte auf dem Dach des Jade-Innovationszentrums. Zur Nutzung einer solchen Sternwarte lädt er alle Schulen ein. **Herr Schwarz** stellt konzeptionelle (Stufen I bis III) und bauliche Aspekte vor und geht auf die Finanzierung ein. Er wünscht sich die Kooperation mit der Politik, um das Projekt starten zu können.

Unterstützung des Projekts sagen **Frau Marxfeld, Frau Stomberg, Frau Weinstock** sowie die **Herren Burkhart, Ehlers** und **Dr. von Teichman** zu. Auf Nachfrage von **Herrn Jonas** gibt **Herr Schwarz** an, solle mit Stufe I sofort begonnen werden, für Stufe II gibt er die Zeit von zwei Jahren ab Baugenehmigung an.

Auf die Anlage „....Projekt Volkssternwarte“ wird verwiesen.

- 4 Antrag des Stadtelternrates zur Kürzung der Schulbudgets der Wilhelmshavener Schulen und dessen Auswirkungen **563/2021**

Herr Burkhart verliest die Fragen des StER und weist darauf hin, dass die städti-

schen Schulbudgets seit zehn Jahren nicht angepasst wurden. **Herr Schönfelder** erklärt die Umstände der Haushaltssperre und dass inzwischen die Sperrung von 30 % auf 15 % verkürzt wurde. Er geht dabei auf hohe gestiegene Kosten, z. B. i. R. der Unterbringung von Jugendlichen hin, welche die Verwaltung veranlasst haben, die Sperre vorzunehmen. Zunächst antwortet er, dass die Sperre vom Hauptverwaltungsbeamten verhängt wird und es keine Verpflichtung zur Information der Ausschüsse gibt, eine Information heute auch ohne Antrag erfolgt wäre. Der Rat wurde am 21.07.21 per e-mail informiert. Weiter fasst **Herr Schönfelder** zusammen, dass die Schulen Zeitpunkt und Kommunikation zur Sperre rügten und auf die unterschiedlichen Zeiträume von Schuljahr und Haushaltsjahr verwiesen. Auch auf pandemiebedingte Ausgaben wurde verwiesen. Den Schulen werden in diesem Haushaltsjahr 409.000,-- € zur Verfügung gestellt. Reste aus dem Vorjahr i. H. v. ca. 64.000,-- € wurden übertragen. Die Budgets variieren nach Schulgröße zwischen 7.900,-- € und rd. 175.000,-- €. Zzt. verbleiben in den Budgets noch ca. 300.000,-- €, wovon ca. 122.000,-- € gesperrt sind. Es stehen noch ca. 177.000,-- € in 2021 bereit. Mit Blick auf die Kürzung der Sperre werden rund 60.000,-- € gesperrt, was in etwa dem letztjährigen Rest entspricht. Hinzu verweist er auf die Abteilung Schulen, die in Einzelfällen außerhalb des Budgets helfen wird.

Herr Burkhardt hält es für angebracht, allenfalls Haushaltsreste zurückzuführen. **Frau Heide** erachtet die Kürzungen für verantwortungslos – es muss an anderen Stellen gekürzt werden. Auf Frage von **Herrn Dr. von Teichman** erklärt **Herr Schönfelder**, dass die Entscheidung zur Sperre schwer fiel und mit den Budgets auch freiwillige bzw. nicht zwingende Ausgaben getätigt werden können. Angesichts der vielfältigen Einsparungen in Kultur, bei Kitas usw. müssen sich auch die Schulen solidarisch zeigen. Hinzu verweist er auf den Antrag der Abteilung Schulen, die Sperre aufzuheben.

Herr Pommer verweist auf die Schwierigkeiten der preisgünstigen Beschaffung von Gegenständen mit Wert von bis 150,-- € und bis 1000,-- €. **Frau Winkel-Fiedelak** gibt an, dass dies bei der Kämmerei angesprochen wurde und die haushaltsrechtliche Lösung noch mitgeteilt wird. **Herr Ehlers** appelliert eindringlich, nicht bei den Schulen zu sparen.

Die hohen pandemiebedingten Kosten, die Kosten für Diagnostikmaterial bei Kindern mit Förderbedarf, die Ansparungen von Ausgaberesten für das Folgejahr und eine bedarfsgerechte Budgetierung sprechen **Frau Oltmanns, Frau Kohnke-Oehlmann** und **Frau Hackmann** an.

Herr Schönfelder verweist erneut auf die aktuelle Haushaltslage und die den Schulen noch zur Verfügung stehenden Mittel. Er hofft, dass in Zusammenarbeit von Jugendamt und Schulen Fördermittel beim Land eingeholt werden können. Zum Hinweis von **Frau Oltmanns** gibt er an, dass erheblich höhere Kopierkosten von der Stadt getragen werden. **Frau Winkel-Fiedelak** verweist auf die Kürzung der Sperrung von 30 % auf 15 %. **Herr Dr. von Teichman** zeigt sich erfreut, dass **Herr Schönfelder** Einzelgespräche mit den Schulleitungen und Kämmerei anbietet.

Frau Stomberg spricht sich für die Erhöhung der Schulbudgets aus und schlägt vor,

Einnahmen über Parkgebühren zu generieren.

Auf den Antrag wird verwiesen:

„Der Stadtteilernrat beantragt die Aufnahme des Tagesordnungspunktes: „Kürzung des Schulbudgets der Wilhelmshavener Schulen und dessen Auswirkungen“

Der Schulausschuss möge beschließen:

1. Begründung der Kürzungen und warum die Mitglieder des Schulausschusses nicht über den Vorgang informiert wurden.
2. Auswirkungen der Budgetkürzung für den laufenden Schulbetrieb.
3. Übersicht der Budgetkürzungen nach Schulen für das Haushalts-jahr/ und der Laufzeit des Doppelhaushalts.
4. Stellungnahme der einzelnen Schulen.

Begründung:

Der Schulträger stellt den Schulen im Stadtgebiet Haushaltsmittel zur Bewirtschaftung zur Verfügung. Soweit diese unmittelbar pädagogischen Zwecken dienen, sollen sie für gegenseitig deckungsfähig erklärt werden. Die Regelung erteilt den Schulträgern den Auftrag, den Schulen bei der Verwaltung von Haushaltsmitteln einen möglichst breiten eigenen Entscheidungsspielraum einzuräumen. Die Haushaltsmittel sollen zur Deckung des Verwaltungs- und Betriebsaufwandes sowie für die Anschaffung von Lehrmitteln, Büchern und Zeitschriften sowie für den Geschäftsbedarf und sonstige Ausstattung genutzt werden. Diese Haushaltsmittel sind derzeit durch die Verwaltung gekürzt worden und dazu und zu den Auswirkungen der Kürzungen wird eine umfassende Stellungnahme zur Schulausschusssitzung erwartet.“

Pause von 16:40 bis 16:50 Uhr.

- 5 Antrag des Stadtteilernrates auf Schülerbeförderung durch Weser- Ems-Bus - Anpassung der Abfahrtszeiten an die Unterrichtszeiten der Schulen bzw. Einsatz von zusätzlichen Bussen **564/2021**

Herr Burkhardt erläutert den Antrag und verweist auf div. Elternbeschwerden lange Wartezeiten und unangepasste Schul- und Busabfahrtszeiten. Es gab bereits Interventionen beim Fachbereich Bildung und Sport und Gespräche mit dem ÖPNV-Koordinator. **Herr Hofmann** bestätigt den Eingang von Beschwerden auch im Fachbereich Bildung und Sport. Herr Springbrunn als ÖPNV-Koordinator hat bereits Kostenübernahme für weitere Busfahrten zugesagt. Mit der Weser-Ems-Bus-Verkehrsgesellschaft wird zzt. eine Option abgestimmt, morgens einen Zusatzbus einzusetzen und mittags einen Verstärkerbus umzutakten, um eine bessere Anbindung bzw. kürzere Wartezeiten für die betroffenen SchülerInnen zu erreichen. Dies Neu- und Umplanung wurde heute an die betroffenen Schulen geschickt, um aus dortiger Sicht Stellung nehmen zu können. Auch im Stadtnorden soll angesichts der unterschiedlichen Unterrichtszeiten an der Marion-Dönhoff-Schule ein Verstärkerbus eingesetzt werden.

Auf Nachfrage von **Herrn Burkhardt** erklärt **Herr Hofmann**, dass geänderte Schulzeiten an den ÖPNV weitergereicht werden. Eine Anpassung der Buszeiten wird dann im ÖPNV u. a. unter Berücksichtigung von Berufspendlern und Bahnanbindung geprüft.

Auf den Antrag wird verwiesen:

„Der Stadtelternrat beantragt die Aufnahme des Tagesordnungspunktes:

„Schülerbeförderung durch Weser-Ems-Bus“ Hier: Anpassung der Abfahrtszeiten an die Unterrichtszeiten der Schulen bzw. Einsatz von zusätzlichen Bussen.

Der Schulausschuss möge beschließen

Begründung:

Vermehrt ist es vorgekommen, dass Schüler und Schülerinnen an den Haltestellen der Linien der Weser-Ems-Bus nach Unterrichtsschluss bis zu 60 Minuten Wartezeit haben. Bisherige Einwände über den NVP-Friesland im Rahmen der Koordination/ Abstimmung durch die Stadt Wilhelmshaven haben bisher nicht zur Lösung des Problems geführt. Mögliche Ansätze zur Beseitigung des Dilemmas wären die Anpassung der Unterrichtszeiten der beteiligten Schulen (OBS Franziskus, IGS,

Cäci sowie dem NGW), bzw. der Einsatz von zusätzlichen Fahrzeugen im Schulbusverkehr zu den Unterrichtszeiten. Am Beispiel der Unterrichtszeiten der IGS wäre dies z. B. nach der 6. Stunde 12:55 Uhr / Abfahrt 12:48 bzw. 13:48 Uhr. Bei Unterrichtsschluss nach der 9. Stunde 15:00 Uhr / Abfahrt 15:48 Uhr. Beides hat zur Folge, dass Eltern ihre Kinder von der Schule abholen um die Wartezeit zu verkürzen bzw. führt es zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen an den Schulen durch die sogenannten „Elterntaxis“.

Die Schülerbeförderung wird mittelbar vom Land finanziert, da die kommunalen Träger für die Durchführung dieser Aufgabe nach dem Finanzausgleichsgesetz entsprechend erhöhte Schlüsselzuweisungen erhalten. Zudem wurde zur Bewältigung der Corona-Pandemie und den Fahrgastrückgängen im ÖPNV eine Mittelzuweisung durch das Land Niedersachsen sowie dem Bundeshaushalt insgesamt 402 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Gem. Nds. Schulgesetz (Kommentar Galas, Krömer et al, 10. Ausgabe, 2018) §114 Abs. 2 Satz 1 / Ausführungshinweise Seite 637, 4. Absatz.

Zitat: „Die Grenze der zusätzlichen zu betrachtenden Wartezeit vor dem Unterricht bei rund 25 Minuten und nach dem Unterricht wird bei rund 45 Minuten angesetzt. In der praktischen Handhabung durch die Landkreise und kreisfreien Städte wird für den Primarbereich die Höchstgrenze jeweils in eine Richtung bei 45 Minuten Schulweg sowie eine Wartezeit in der Schule in der Regel bei 20 Minuten vor dem Unterricht und 30 Minuten nach dem Unterricht angesehen.“

6 Mitteilungen und Anfragen

6.1 Informationen zum DigitalPakt

Herr Frank berichtet zum aktuellen Sachstand des Sofortausstattungsprogramm des Bundes mit mobilen Endgeräten für SchülerInnen. In der Vorwoche folgte die letzte Lieferung. Abgerufen wurden Mittel i. H. v. 499.197,78 €. Hinzu verweist er auf eine neue Richtlinie, zu der zzt. die Abstimmung mit den Schulleitungen erfolgt. Abrufbar sind dabei 407.000,-- €, die für Personal (Administration der mobilen Endgeräte der Schülerschaft) oder Lehrkräftefortbildung verwendet werden können. Zur Förderrichtlinie zu den mobilen Endgeräten für Lehrkräfte steht die abschließende Abstimmung mit den Schulen kurz bevor. Danach erfolgt die europaweite Ausschreibung. Die Fördersumme beträgt 365.000,-- €.

Zum DigitalPakt teilt er mit, ist die Maßnahme an der Grundschule Finkenburg abgeschlossen. Das Projekt IGS befindet sich in der Bestandsaufnahme. Begehungen haben in den Grundschulen Rüstersiel, Rheinstraße und Voslapp. Dort sind die Vorplanungen von GGS abgeschlossen. Weiterer Schulbegehungen sollen folgen. Die notwendige Stelle des Elektro-Ingenieurs wird voraussichtlich bald besetzt. Weiter vakant ist die Stelle der Projektassistenz.

Das RLSB, so **Herr Frank**, teilte mit, dass auf Grundlage der Schülerzahlen des ersten 5. Jahrgangs auch für die neue Oberschule Fördermittel bereitgestellt werden.

Auf die Anlage „....SchAsachstand DigitalPakt...“ wird verwiesen.

6.2 Informationen zur Inklusion

Herr Fikus berichtet, dass inzwischen 39 RZI's eingerichtet sind. Weiter führt er zur sonderpädagogischen Beratung durch mobile Dienste (betrifft die Förderschwerpunkte Hören, Sehen, Körperlich-Motorische Entwicklung und Emotional-Soziale Entwicklung (ES)) aus, wozu es einen neue Erlass geben wird. Die RZI's sollen nun die Steuerung dieser Dienste übernehmen. Die Koordination zum Förderschwerpunkt ES erfolgt in den einzelnen RZI's, zu den übrigen Förderschwerpunkte erfolgt dies über regionale Verbünde. Zur Feststellung sonderpädagogischer Förderbedarfe gibt es eine neue VO, die zum Ziel hat, das die Verfahren einfacher und kürzer gestaltet werden. So entfällt z. B. die pauschale Überprüfung, wenn ein Wechsel von Klasse 4 nach Klasse 5 ansteht.

Das RZI ist auch am Aktionsprogramm „Startklar in die Zukunft“ beteiligt. Ein Punkt dabei ist die Stärkung der sozial-emotional Entwicklung und die Förderung der sozialen Kompetenzen, wofür 1,5 Mio € vorgesehen sind (anteilig ermittelt anhand der Lehrkräftesollstunden).

Ein landesweiter Lenkungsausschuss zur Konzeptentwicklung zum Förderschwerpunkt ES wurde eingerichtet, an dem die RZI's teilnehmen. Das RZI war auch in der Planungsgruppe zur neuen Oberschule beteiligt. Das RZI kann auch die Entwicklung kommunaler Inklusionskonzepte unterstützen.

In Wilhelmshaven lassen sich sinkende Fallzahlen bei den Feststellungsverfahren zu sonderpädagogischem Förderbedarf feststellen. Gleichzeitig nimmt der Beratungsbedarf bei den einzelnen Fällen zu.

Zzt. wird eine Handreichung für die Übergänge von Kita in die Grundschule erarbeitet. Beteiligt ist hier auch das Jugendamt mit den „Frühen Hilfen“. Die ersten inklusiven Jahrgänge sind nun auch in den Berufsschulen angekommen. Hier wurde ein Übergabeprotokoll erarbeitet, um den Übergang von der Sekundarstufe I zur BBS zu erleichtern.

Auf Nachfrage von **Herrn Burkhardt** teilt **Frau Winkel-Fiedelak** mit, dass bei aktuellen Umbauten die inklusiven Aspekte berücksichtigt werden.

Herr Burkhardt verweist auf div. Mängel im Gebäude der Marion-Dönhoff-Schule, so fehlt z. B. ein Behinderten-WC und ein Behandlungsraum für einen Schüler mit speziellen Ansprüchen. **Herr Hofmann** gibt an, dass die durch die Schulleitung bereits mitgeteilten Mängel an GGS weitergeleitet wurden.

Zur Frage von **Herrn Dr. von Teichman** gibt **Herr Fikus** an, dass zwar im vergangenen Schuljahr eine leichte Verbesserung eintrat, aber immer noch nicht genügend Förderschulkräfte zur Verfügung stehen.

Auf die Anlage „...Präsentation RZI...“ wird verwiesen.

6.3 Produktberichte der Abteilung Schulen zum 30.04.21

Herr Brandt verweist darauf, dass zum 30.04.21 der Haushalt noch nicht genehmigt war und darum nur die zwingend nötigen Ausgaben getätigt werden durften. Damit sind konkrete Aussagen zum Stichtag 30.04.21 nicht möglich. Erst mit den Produktberichten zum 31.08.21 ist eine realistische Darstellung möglich.

6.4 Anfrage zum regionalen Inklusionskonzept

Herr Dr. von Teichman bittet um Information zum regionalen Inklusionskonzept in einer der nächsten Sitzungen.

6.5 Anfrage zur IGS

Herr Burkhardt bittet um Information zur möglichen Abhilfe der Raumnot der IGS.

6.6 Anfrage zur Marion-Dönhoff-Schule

Herr Burkhardt mahnt die ausstehenden Informationen zum Brandbereich, zur durch den Rauch beeinträchtigten Räumen und zur Nutzung der naturwissenschaftlichen Unterrichtscontainer an. Zu den Containern gibt **Frau Winkel-Fiedelak** an, dass laut Frau Groh noch die Abnahmeprüfungen ausstehen, bevor die Container in die Nutzung geführt werden dürfen.

Ende öffentlicher Teil

B Nichtöffentlicher Teil

Ende der Sitzung 17:55 Uhr

Schönfelder
Erster Stadtrat

Weinstock
Vorsitzende

Hofmann
Protokollführung